

EINIGE FLUGBLÄTTER

AUS DEM ZEITRAUM

SEPTEMBER / OKTOBER 1992 - AUGUST 1995

ZUSAMMENGESTELLT UND KOMMENTIERT

JANUAR 1996

1. Appell an die fortschrittlichen Menschen Ostdeutschlands (ehem. DDR)
September / Oktober 1992

2. Einige Gedanken zur Gewalt
April 1993

3. Soll das Demokratie sein ?
1. Mai 1995

4. Einige Gedanken zu Bosnien
August 1995

ANMERKUNG ZUM FLUGBLATT VON SEPTEMBER / OKTOBER 1992

Dieses Flugblatt wurde anlässlich der Pogrome des Sommer / Herbst 1992 erstellt und in verschiedenen Regionen der ehemaligen DDR verbreitet. Die Notwendigkeit dafür ergab sich für uns aus der Tatsache, daß praktisch niemand die ansässige Bevölkerung in den Pogromgebieten an ihre Verantwortung erinnerte, die Flüchtlinge schützen zu müssen. (Dies geschah zwar auch, aber in nicht ausreichendem Umfang.)

Im Gegenteil gab es hinreichend Beispiele für ein in Schutz nehmen der Verantwortungslosigkeit, aber auch bis hin zum in Schutz nehmen des Rassismus.

Dies geschah nicht selten von Personen und Organisationen, die sich vollmundig als Linke oder Antifaschisten ausgaben.

Sich die Wahlergebnisse in den Pogromgebieten anzusehen, ist äußerst interessant; nicht selten ist gerade da die PDS äußerst stark.

APPELL

AN DIE FORTSCHRITTLICHEN MENSCHEN OSTDEUTSCHLANDS

(ehem. DDR)

Wir hatten Hochachtung vor Euch, als Ihr Ende 1989 massenhaft auf die Strasse gegangen seid, und damit einen wesentlichen Beitrag zum Sturz dieses Bonzenpacks leistetet, das sich zu unrecht Kommunisten oder Sozialisten nannte. Wir sahen aber auch gewisse Risiken und wiesen in Parolen warnend darauf hin:

Da hieß es z.B.: OB OST OB WEST NIEDER MIT DER STASI - PEST
oder: DIE FREIHEIT DIE SIE MEINEN, IST DIE DER DEUTSCHEN BANK

Mit Freuden nahmen wir Eure Unterstützung an, im Kampf gegen Nazis und andere Rassisten. Welche langen Gesichter machten z.B. die Republikaner in Westberlin bei ihrer Unterschriftensammlung gegen das "Ausländer"-wahlrecht als Ihr in unsere Nazis - raus - Rufe miteinstimmte. Es gab eine Reihe von Anlässen, die uns in der Ansicht bestärkten, daß Nazis sich auch bei Euch nicht entfalten können. Doch in diesem Punkt haben wir uns wohl geirrt. Wir werden im weiteren noch genauer auf die Methode dieses Staates in puncto Nazis eingehen und insbesondere auf die Propaganda von Staat, Medien, Pseudolinken und Pseudoantifaschisten mit dem Ziel diese Bande hier stärker erscheinen zu lassen als sie sind.

Vorab haben wir Euch etwas sehr persönliches zu Eurem Verhalten oder Nichtverhalten zu sagen. Auf welche Stufe der menschlichen Entwicklung wollt ihr eigentlich zurückfallen, das ist doch barbarisch was in Euren Regionen zur Zeit möglich ist. Selbst wenn man die Vorwürfe gegen Flüchtlinge oder "Ausländer" im Allgemeinen ernstnehmen würde, soll das die Berechtigung zum Verbrennen von Menschen sein. Wir klagen Euch A L L E an, vielleicht treffen wir auch den einen oder anderen zu Unrecht, aber Tatsache ist, in EUREN Regionen können tagelang Pogrome stattfinden, ohne daß Ihr etwas wesentliches dagegen unternimmt. Oft genug kommt Ihr sogar noch mit Entschuldigungen für die Pogromhelden, und da wird es unerträglich.

IHR ERSCHIEINT UNS PLÖTZLICH FREMD

Unsere Kollegen, Freunde, Nachbarn anderer Staatsangehörigkeit oder Hautfarbe ja selbst die Flüchtlinge, die noch nicht so lange hier sind, sind uns vertrauter als Ihr.

Natürlich gibt es auch bei uns Nazis und andere Rassisten, und es gibt Angriffe auf Flüchtlingsheime. Nur der Unterschied zu Euren Regionen besteht darin, daß sich hier sehr schnell antirassistische Kräfte regional und überregional zusammenfinden um gegen Angriffe vorzugehen. Das geht hier so schnell, daß dieser Drecksstaat unmittelbar seine Polizei ins Feld werfen muß, um den rassistischen Mob zu schützen, wie in Mannheim z.B.

Wir wollen mit Euch gemeinsam für menschliche Lebensverhältnisse kämpfen. Wir können nicht mit Euch gemeinsam kämpfen, wenn Ihr Pogrome duldet bzw. sogar noch verteidigt.

EINIGES ZUR STÄRKE DER NAZIS, UND WORAUF SIE BERUHT

Die Erkenntnisse aus Hoyerswerda, Eberswalde, Rostock, Quedlinburg und anderen Ostdeutschen Städten sind folgende:

Zu der sowieso stattfindenden staatlichen Hetze gegen Flüchtlinge, lassen sich die regionalen Regierungen bzw. Ämter noch einiges einfallen um Stimmung gegen Flüchtlinge zu erzeugen. Da wird z.B. in sehr kleine Orte eine große Anzahl Flüchtlinge gelegt, die teilweise ein mehrfaches der ansässigen Bevölkerung ausmachen. Oder man läßt, wie in Rostock z.B., die Menschen vor dem Heim kampieren und ihre Notdurft verrichten. Wenn dann die geköderten Nazis auftauchen, haben sie vollkommen freie Hand. Das heißt, es werden weder ihre Kundgebungen und Demonstrationen verboten, noch haben sie mit wesentlichem eingreifen der Polizei zu rechnen. Das geht so weit, daß sie unter den Augen der Polizei Menschen, und zwar nicht nur Flüchtlinge, aus rassistischen Motiven töten können.

Wir erinnern an Eberswalde, wo Amadeu Antonio unter den Augen der Polizei, ohne daß diese auch nur Anstalten machte einzugreifen, bestialisch erschlagen wurde. Wir erinnern weiter an Rostock/Lichtenhagen, wo unter den Augen der Polizei ein Haus angezündet werden konnte, in dem sich über 100 Menschen befanden, die nur durch einen Glücksfall ihr Leben retten konnten. Wir könnten hier Seitenweise weitere Fälle aufzählen, aber Ihr kennt sie selber.

Nun argumentiert dieser Staat und seine Polizei ja immer mit Personalknappheit und organisatorischen Schwächen und entschuldigt damit sein stillhalten gegenüber den Nazis. Ihr werdet Euch ja wahrscheinlich auch schon gefragt haben, für wie dämlich dieser Staat und seine Polizei Euch eigentlich hält. Da sollen mal 100 mal 60 mal 30 Jugendliche tagelang Heime angegriffen haben, und die Polizei konnte das angeblich nicht unterbinden (z.B. Quedlinburg, Eisenhüttenstadt, Wismar). Da fühlt sich doch jeder normale Mensch beleidigt, wenn man ihm solche offensichtlichen Lügen aufischt.

Zumal auch klar wird, daß an der Darstellungsweise etwas nicht stimmen kann. Die gleiche Polizei, die 1991 in Hoyerswerda den rassistischen Mob von einigen Dutzend Figuren angeblich nicht in den Griff bekommt, fühlt sich in der Lage gegen eine Demonstration von mehreren tausend Antifaschisten vorzugehen.

Die gleiche Polizei, die in Eberswalde daneben steht, wenn Amadeus Antonio erschlagen wird, provoziert im August 1992 eine antifaschistische Demonstration von etwa 1000 Menschen von Anfang an und greift sie sogar an.

Die gleiche Polizei, die in Rostock/Lichtenhagen angeblich tagelang schlimmste Probleme hatte einen Mob, der in der Höchstphase maximal aus wenigen hundert Aktivisten und 2-3000 Sympathisanten bestand, unter Kontrolle zubringen, bringt es aber locker fertig zigtausend Antifaschisten auf Zufahrtstrassen festzunageln, damit sie nicht zur Demonstration können. Bringt es weiter fertig, die Demonstration von vielen tausenden ständig durch massive Polizeikordons, Spezialpolizei, Hubschrauber, Wasserwerfer zu provozieren.

Die gleiche Polizei, die auch in Quedlinburg scheinbar hilflos dem gewalttätigem Treiben der Nazis zusehen mußte, ist dann aber doch in der Lage, ankommenden Antifaschisten massiv entgegenzutreten. Alle Zufahrtsstrassen werden abgeriegelt, viele festgenommen, die Demonstration von 2-300 Menschen wird massiv von der Polizei bedroht und auch angegriffen.

Ihr wißt das alles selber, es ist so klar, was da abläuft, diese ganze Begünstigung durch Staat und Polizei für die Nazis. Aber es ist nur ein Teil der "Stärke der Nazis".

Ein anderer Teil ist die Unterstützung durch die Medien. Ganz abgesehen davon, daß die tatsächliche Stärke der Nazis verschleiert wird, ihnen teilweise eine Stärke angedichtet wird, die sie gar nicht haben, ist besonders über das nicht berichten bzw. das nicht hinterfragen von Ereignissen. Wir können hier nicht so ins Detail gehen, aber zwei Sachen seien angeführt.

1. Es wird praktisch nicht darüber berichtet, wie Nazis von Antifaschisten zur Räson gebracht werden, und wie sich die Polizei praktisch immer schützend vor die Nazis stellt. Uns würde nicht wundern, wenn Ihr das selbst schon mal erlebt hättet und dann feststellen müßtet, es erscheint in den Medien nicht.

2. Das sich der Ministerpräsident von Mecklenburg Vorpommern und sein Innenminister hinstellen können und anlässlich des Pogrom in Rostock die Behauptung aufstellen, daß auch Linke an den Angriffen auf das Flüchtlingsheim teilgenommen hätten (wobei er Festgenommene einer Antifaschistischen Demonstration meint) ist für sich äußerst perfide. Dem wird aber noch die Krone aufgesetzt, weil sie solche, für jeden normalen Menschen erkennbare Lügen, ohne hinterfragen der Journalisten verbreiten können.

Ein weiterer Teil ist die Begünstigung durch Pseudolinke und Pseudoantifaschisten, und der ist wahrscheinlich sogar der effektivste. Wir mußten immer wieder feststellen, daß von den regionalen vorgeblich antifaschistischen Kräften, ob in Hoyerswerda, Eberswalde, Rostock eigentlich nichts gegen die rassistischen Übergriffe getan wurde. Weder wurden Flüchtlingsheime geschützt, noch wurden Demonstrationen veranstaltet. Dies hielt man frühestens dann für notwendig, wenn die "Gefahr" bestand, daß überregional Antifaschisten etwas organisieren wollten. Speziell die PDS fällt in diesem Zusammenhang immer wieder unangenehm auf, aber auch andere.

Nun haben ja verschiedene Aktionen und Demonstrationen gegen Nazis eines bewiesen, ordentlich eins aufs Haupt ist die Sprache, die sie verstehen. Sie merken sehr schnell den Unterschied der liebevollen Spielerei von Polizei und Bundesgrenzschutz zu dem konsequenten Vorgehen von wirklichen Antifaschisten. Da sie auch nicht sehr zahlreich sind, bekommen sie trotz bestem Polizeischutzes immer mal wieder auf die Schnauze. So verwundert es nicht, daß man sie bei Aktionen von Antifaschisten bald nicht mehr sieht, es sei denn, der Polizeischutz ist so massiv, daß sie bleiben können. In Quedlinburg hat es in der Nacht der antifaschistischen Demonstration vom 12.09.1992 keinen Angriff auf das Flüchtlingsheim gegeben.

Da ja nun eigentlich klar ist, wie man Nazis in die Schranken verweist, ist schon erstaunlich mit welchem Elan PDS und andere gerade die Menschen angreifen, die so konsequent handeln. Da ist dann auch gar nicht mehr von Gewaltlosigkeit die Rede, wenn es denn gegen solche Antifaschisten geht, darf auch schon mal Gewalt angewendet werden. Mit dieser Begünstigung kann der rassistische Mob natürlich großmäulig auftreten, aber seht Euch mal an, wie diese feigen Pogromhelden auseinanderspritzen, wenn ihnen Menschen entgegentreten, die antifaschistisch handeln, wie sie reden.

Das sind natürlich Punkte, die auch für Euch sprechen. Wir können uns das fast bildlich vorstellen, wenn es einem Menschen in Euren Regionen endlich reicht mit dem rassistischen Terror. Er sagt etwas, was seiner Wut entspricht oder will sogar entsprechend handeln. Aus allen Ecken kommen sie herausgeschossen und hacken auf ihn herum, daß er diese Worte nicht gebrauchen darf und diese Handlung nicht begehen darf. Wir haben die Elemente selber am Kragen gehabt, bei allen möglichen Gelegenheiten. Dieser Kleister aus Teilen von PDS/Linke Liste/Grüne/Jusos und andere angebliche Antifaschisten schwappt sofort über alles, was nicht glauben will, daß die Nazis unbesiegbar und so wahnsinnig zahlreich wären.

Wir sehen also Eure Schwierigkeiten, trotzdem seid Ihr nicht der Verantwortung enthoben, bei Euch werden über Tage offen Pogrome veranstaltet, feige Anschläge gibt es bei uns auch, aber diese offenen Pogrome über längere Zeiträume sind hier trotz aller Zersetzungsversuche noch nicht möglich.

EINIGE KLARSTELLUNGEN

Wir akzeptieren, daß Ihr verschiedene Dinge anders seht als wir. Wir sehen, daß Ihr einige Dinge noch überlegen müßt. Wir auch, wir haben auch nicht die Weisheit mit Löffeln gefressen.

Wir können aber auf keinen Fall akzeptieren, daß im Jahre 1992 in einem entwickelten Industrieland, in dem die Menschen die entsprechende Bildung haben, Menschen beleidigt, angegriffen, verletzt und getötet werden, nur deshalb, weil sie eine andere Nationalität oder Hautfarbe haben.

Wenn Ihr das akzeptiert, können wir über fast alles diskutieren, Ihr müßt ja Menschen aus der dritten Welt nicht gleich lieben, aber zusehen, wie sie vielleicht aus rassistischen Motiven getötet werden, dürft Ihr auch nicht.

Wir diskutieren natürlich nicht über so schwachsinnige Argumente, wie die Flüchtlinge machen Dreck oder sind kriminell. Wenn das in einzelnen Fällen zutrifft, so gilt das auch für Deutsche, generell oder wenn sie in eine gleiche Lage gezwungen wären wie viele Flüchtlinge.

Wo hat eigentlich dieser versoffene, rassistische Mob von Rostock/Lichtenhagen seine Notdurft verrichtet, die werden ja auch nicht jedesmal nach Hause gegangen sein.

Wir sind immer wieder über die Feigheit derjenigen erstaunt, die da tönen, wie schlecht es ihnen doch geht. Da werden Flüchtlinge angegriffen, die erstens nichts für diese Situation können, und die zweitens selten in der Lage sind den Angriffen etwas entgegen zu setzen. Die Kosten, die Euch durch die Versorgung der Flüchtlinge entstehen, sind doch nur ein Bruchteil der Summen, die Spekulanten im Moment aus Euren Gebieten wegschleppen bzw. ein Bruchteil der Summen, die korrupten Politikern im Moment in die Tasche gesteckt werden. Was sagt Ihr eigentlich dazu und was macht Ihr dagegen.

Als vor der sogenannten Wende Zehntausende Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik flohen, haben wir doch Euren Verwandten und Freunden auch nicht die Häuser angezündet.

Und als Ihr in Schlangen nach dem Begrüßungshundertern anstandet und uns die Bananen "weggegessen" habt, und unsere Geschäfte überfüllt waren, haben wir Euch doch auch nicht körperlich angegriffen. Und Ihr könnt uns glauben, damals, so wie heute, gab und gibt es in unseren Regionen Millionen Menschen, denen es ausgesprochen schlecht geht. Die Groschen, die sie uns abgeknappst haben, erhieltet Ihr dann mit "Guter - Onkel"-Miene als Begrüßungshunderter.

Wir haben Euch nicht angegriffen, auch nicht Eure Wirtschaftsflüchtlinge, wir haben weiter unsere ökonomischen und politischen Kämpfe geführt. Und das laßt uns in Zukunft gemeinsam tun, für menschenwürdiges Leben, für die Rechte unserer "ausländischen" Kollegen mit denen wir schon teilweise 25 Jahre zusammenleben, arbeiten und kämpfen, damit sie endlich ihre vollen demokratischen Rechte hier erhalten.

Nur klar ist auch, daß dieser Kampf nicht die gleiche liebevolle Duldung dieses Staates und seiner Polizei erhalten wird, wie der, der Nazis. Oder warum meint Ihr ließ man die Pogromhelden so lange agieren. Ein Grund ist sicher für die Unzufriedenheit einen Blitzableiter zu bieten. Interessant ist doch aber, daß jetzt die Reaktionäre mit Gesetzesverschärfungen und Sondertruppen Polizei gegen Demonstranten vorgehen wollen, mit dem Hinweis auf die Nazi - Krawalle. Wenn es nicht so ernst wäre, müßte man lauthals lachen. Diese versoffenen Pogromheldenhaufen, die innerhalb einer halben Stunde restlos von der Polizei hätten abgeräumt werden können, mußten tagelang betuttelt und oftmals auch zuguterletzt vor Antifaschisten beschützt werden um nun als Vorwand für Demonstrationsrechtsverschärfungen und Sondertruppen der Polizei herzuhalten. Klingelt da nicht was in Euren Köpfen. An Eurer Situation wird sich nichts bessern, wenn die Flüchtlinge wirklich ausgegrenzt werden, die Wahrscheinlichkeit ist eher sehr hoch, daß sich Eure Situation weiter verschlechtert. Vielleicht ist ja bis dahin auch klar, wer wirklich dafür verantwortlich ist. Wenn dann Eure Jugendlichen und Ihr selber wirklich Verantwortliche angreift, dann werdet Ihr auch gleich zu spüren bekommen, warum man wegen ein paar Dutzend Nazihanseln Aufstandsbekämpfungstruppen braucht. Und einige sich als links oder antifaschistisch gebärdende Gruppen spielen dieses reaktionäre Spiel voll mit.

Dieser Text ist im wesentlichen Sept./Okt. 1992 entstanden Berlin (West)

P.S.

Bei der Arbeit an diesem Blatt mußten wir mit Erschütterung zur Kenntnis nehmen, daß die Peruanischen Reaktionäre den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Perus Abimael Guzman, sowie weitere führende Genossen, gefangengenommen haben. Seit Jahren beobachten wir den Kampf der Völker der dritten Welt und der oft jungen Revolutionären Parteien mit großer Hochachtung und schöpfen immer wieder Kraft aus dem, was wir entdecken. Mit widerlichen Lügen wollen die herrschenden Reaktionäre den fortschrittlichen Menschen einreden, daß diese revolutionären Gruppen Terror gegen das Volk ausüben. So auch in Peru. Seit Jahren kommen sie mit den verlogenen Geschichten über Massaker, die angeblich von den Peruanischen Revolutionären an den unteren Volksmassen verübt werden. Wir wollen hier nicht auf einzelne Behauptungen eingehen, aber "Ihr Reaktionäre, wem wollt ihr weismachen, daß solch eine Bewegung so lange bestehen könnte, wenn sie solche Verbrechen, wie ihr unterstellt werden, begehen würde." Vielmehr wird doch allein daran klar, daß sich diese Bewegung solange behaupten und offensichtlich sogar ausweiten kann, daß sie von einem nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung getragen wird. Wie sollte sie sonst solch eine massive Verfolgung durch die Peruanische Reaktion aber auch durch Imperialisten überstehen. Die Reaktionäre werden die soziale Revolution nicht auf Dauer verhindern können, das Rad der Geschichte dreht sich weiter, in Peru und überall in der Welt. Trotzdem befinden sich die Gefangenen natürlich in großer Gefahr und wir überlegen selbst, und bitten auch Euch zu überlegen, wie man die Gefangenen schützen und nach Möglichkeit befreien kann.

LAßT UNS VOM SELBSTLOSEN UND HELDENMÜTIGEN REVOLUTIONÄREN KAMPF DER MENSCHEN
DER DRITTEN WELT LERNEN.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

ANMERKUNG ZUM FLUGBLATT VON APRIL 1993

Dieses Flugblatt wurde verteilt bis zu dem Zeitpunkt, als erkennbar wurde, daß, dieser Staat aufgrund des überwältigenden öffentlichen Druckes sein Verhalten gegenüber Nazis und anderen offenen Rassisten ändern mußte. Das offene in Schutz nehmen dieser Elemente wurde von diesem Staat nicht mehr gewagt, er war sogar gezwungen, "hart" gegen diese Bande vorzugehen. Dieses Vorgehen war zwar immer noch lasch genug und steht in keinem Verhältnis zur Brutalität des Vorgehens dieses Staates gegen Linke und Antifaschisten, aber im Vergleich zur vorhergehenden Behandlung war es eben doch gröber.

Für die Nazis reichte es alle mal; nicht mehr in jedem Fall durch ihre Polizei geschützt, teilweise von der selben sogar festgenommen; und man höre und staune, sogar von ihrer Justiz zu Haftstrafen verdonnert.

Das war zuviel für die schwachen Nerven der Nazis, sie sind nur noch ein Abklatsch dessen, was sie zur Wendezeit waren.

Inzwischen hauen sie sich reihenweise gegenseitig in die Pfanne, bzw. suchen ihr Glück in irgendwelchen Reservaten.

Dessen ungeachtet muß man diejenigen, welche noch agieren, im Auge behalten; diese Bande ist absolut menschenverachtend und daraus ergibt sich auch eine gewisse Gefährlichkeit.

Politisch scheinen sie außer in Polizei und Justiz wenig Rückhalt zu haben.

EINIGE GEDANKEN ZUR GEWALT

Im Zusammenhang mit den rassistischen und faschistischen Überfällen der letzten Monate ist ja nun wieder verstärkt die Propaganda "gegen Gewalt" im Gange.

Es gibt in der Gesellschaft verschiedene Formen von Gewalt, da findet z.B. körperliche Gewalt bis hin zum Krieg statt, da werden ganze Betriebe stillgelegt und die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten ihrer Existenz beraubt, es werden Menschen auf übelste Art und Weise aus ihren Wohnungen getrieben, weil das einem Spekulanten erheblichen Gewinn einbringt. Dies sind einige Beispiele wie Gewalt in dieser Gesellschaft stattfindet. Wir wollen uns hier aber nur auf die Anwendung körperlicher Gewalt beziehen.

Auffallend ist wie undifferenziert die meisten Verfechter der Gewaltlosigkeit an diese Frage herangehen. Da wird aktueller Weise "Gewalt von Linken" mit "Gewalt von Rechten" in einen Topf geworfen. Es ist eben die Gewalt, die schlecht ist und wer sie anwendet, ist also auch schlecht. Im Grunde ist die Fragwürdigkeit dieser herangehensweise überdeutlich, trotzdem sei hier nochmal klargestellt.

Die wesentliche Frage beim Beurteilen von Gewalt scheint zu sein:

WER WENDET ZU WELCHEM ZWECK GEWALT AN

Wir wollen ganz simpel anfangen:

Hat meine Oma das Recht jemandem, der sie überfällt, die Krücke über den Schädel zu ziehen ?!

Hat eine Frau, die überfallen wird, das Recht sich gegen Beraubung oder Vergewaltigung gewaltsam zur Wehr zusetzen ?!

Hat ein Mensch, der einen kriminellen oder sexuellen Überfall bemerkt, das Recht diesen gewaltsam abzuwenden ?!

Ihr merkt schon darauf erübrigt sich jede Antwort. Nun mag es Fälle geben, wo solche Fragen nicht so einfach zu beantworten sind, aber bei etwas näherem Hinsehen doch auch im Grunde klar werden. Ist es nicht ein Unterschied ob Gewalt angewendet wird um Menschen die lediglich eine andere Hautfarbe oder Nationalität haben, zu verletzen oder töten, oder ob Gewalt angewendet wird um genau dies zu verhindern ?

Ist es nicht gerechtfertigt, daß sich die Bevölkerung eines Landes gegen das unberechtigte Eindringen der Armee eines anderen Landes, gewalttätig zur Wehr setzt ?

Wie hätte sich denn diese Welt entwickelt, wenn nicht der Hitlerfaschismus und sein internationaler Anhang von dem konzentrierten Willen der Mehrheit der Menschheit äußerst gewaltsam zerschlagen worden wäre ? !

Da alles so klar auf der Hand liegt, erhebt sich die Frage, wie man die Befürworter von Gewaltlosigkeit einordnen soll. Nun gibt es ja Menschen, die tatsächlich ärgste Probleme mit der Anwendung von Gewalt haben, zu denen gehören wir auch. Es ist wirklich eine belastende Vorstellung, jemandem körperliche Gewalt anzutun mit all seinen eventuellen schrecklichen Folgen. Nur sehen wir im Gegensatz zu den ehrlichen Gewaltablehnern die Realität dieser Gesellschaft, sehen, daß es Kriminalität gibt, sehen, daß es Faschisten und deren Überfälle auf unschuldige Menschen gibt, sehen, daß es Überfälle kriegslüsterner Staaten auf friedliche gibt. Und hier müssen sich die Menschen, die wirklich ehrliche Abscheu vor Gewalt haben und diese grundsätzlich ablehnen, fragen lassen, ob sie nicht die kriminellen, reaktionären oder faschistischen Gewalttäter begünstigen bzw. deren Taten erst ermöglichen. Vielleicht werden wir bald eine Gesellschaftsordnung erreichen, in der tatsächlich keine Gewalt angewendet wird, nur die heutige Realität ist eine andere.

Eine andere Gruppe von Menschen scheinen uns jene zu sein, die zwar auch in Worten "die Gewalt" ablehnen, aber scheinbar nur um den Widerstandswillen der zur Gegenwehr bereiten Menschen zu brechen. Sie fallen auf, da sie selbst Gewalt anwenden, mit Vorliebe zum Schutz von Nazis und anderen Reaktionären. Sie gehen nicht gegen die Rassisten bei Angriffen gegen Flüchtlingsheime vor, sie gehen gegen Antifaschisten vor, wenn die Gefahr besteht, daß die Rassisten zur Verantwortung gezogen werden.

Völlig verlogen wird es, wenn die Gruppe der offenen Vertreter dieses Staates und seiner Gesellschaftsordnung anfangen über die "zunehmende Gewaltbereitschaft" zu jammern. Wenn man sich allein ansieht, welche heuchlerischen Äußerungen in bezug auf rassistische Überfälle getan wurden, und wie wenig gegen Nazis und andere Rassisten vorgegangen wird, wobei man größtenteils von "Vorgehen gegen Nazis" kaum sprechen kann (siehe Polizeiabkommen mit Nazis in Rostock). Zieht man das alles in Betracht, wird die Heuchelei überdeutlich.

Inzwischen wird ja nun das versprochene massive Vorgehen gegen Nazis, mit Vorliebe gegen Linke und andere Antifaschisten praktiziert. Seht Euch mal an, wie gering die Strafen gegen diese rassistischen Gewalttäter sind, da wird einiges draus klar. Der Ablauf war so, und das wißt Ihr entweder selbst oder könnt es leicht nachprüfen.

1. Auf dem Höhepunkt der Pogrome, vorgebliche Empörung darüber und Ankündigen von verschärftem Vorgehen, schon gespickt mit Verständnis für die Pogromhelden.
2. Gleichsetzen von Linken und anderen Antifaschisten mit Nazis.
3. Massives Vorgehen gegen Linke und andere Antifaschisten durch Justiz und Polizei
Lächerliche Strafen gegen rassistische Gewalttäter, die teilweise dutzende Menschen in Lebensgefahr gebracht haben bzw. sogar getötet haben. (Rostock, Magdeburg, Eberswalde.....)

Ein sehr deutliches Beispiel für das von uns gesagte, ist die Berichterstattung vom 17.4. bzw. 18.4.93 in den Medien über eine "Geburtstagsfeier" von mehreren hundert Nazifaschisten in Mainz. Statt gegen diese Bande vorzugehen, fährt die Polizei massiven Schutz für die Nazibanditen gegen eine antifaschistische Demonstration auf, und verfolgt diese Menschen mit scharfen Hunden. In diesem Fall sprechen die Bilder eine zu deutliche Sprache, als daß es durch die begleitenden Kommentare verfälscht werden könnte. Man muß sich allerdings fragen, wie gut diese Medienleute hier eigentlich bezahlt werden, wenn sie solch offensichtliche Sachen nicht hinterfragen.

Wenn diese Leute, die offiziellen Vertreter dieser Gesellschaftsordnung von Gewaltlosigkeit reden, bezieht sich das offensichtlich nur auf alle die, welche zu Unrecht getreten werden oder es nicht dulden wollen, daß andere zu Unrecht getreten werden. Von diesen Menschen darf auf keinen Fall Gewalt angewandt werden. Und wenn diese Menschen das nicht akzeptieren, dann gibt es hier ja noch die Polizei mit ihrem "Gewaltmonopol". Wie "neutral" dieses ist, oder wie sehr man sich als ein Mensch der unteren Schichten dieser Gesellschaft auf dessen "Schutz" verlassen kann, darüber sind wir uns sicher, könnte jeder von Euch dicke Bücher mit Beispielen füllen.

Wir sind uns auch sicher, daß eine ähnliche Einschätzung darüber wann es gerechtfertigt ist Gewalt anzuwenden, in breiten Teilen, gerade der Arbeiter und darunter gerade auch der Menschen anderer Nationalitäten, vorherrscht. Letztere sind hier einem hohen Druck der staatlichen Organe ausgesetzt und sehen sehr scharf die Realität.

Berlin(West) April 1993

ANMERKUNG ZUM FLUGBLATT VOM 1. MAI 1995

Diese Friedhofsruhe in diesem Staat muß durchbrochen werden, in der Hoffnung dazu einen geringen Beitrag zu leisten, wird dieses Flugblatt seit dem 1. Mai 1995 verbreitet.
Die Ereignisse im Dezember 1995 in Frankreich lassen uns hoffen.

SOLL DAS DEMOKRATIE SEIN ?

Sieht man sich verschiedene Lebensbereiche in dieser Gesellschaft an, so kommt man schon wirklich ins grübeln. Ob Arbeitsplätze, Wohnen, Lehrstellen oder Gesundheitswesen, es fällt schwer zu glauben, daß das, was dort geschieht, der Wille der Mehrheit der Bevölkerung sein soll.

Wir können uns schwerlich vorstellen, daß die Mehrheit der Beschäftigten ein Interesse daran haben soll, die Arbeitsplätze dermaßen zu verknappen, daß Millionen in die Arbeitslosigkeit gezwungen werden, daß Zigtausende, die irgendwo neu anfangen, dies fast ausschließlich über Zeitverträge tun müssen. Über die Nachteile dieser Form des Arbeitsbeginns braucht man wohl nicht viel sagen, immer der Hammer über einen:

nur nicht krank werden
das nur die Kinder nicht krank werden
überleg dir lieber, ob du zu der Gemeinheit des
Vorgesetzten etwas sagst

Wo sind da eigentlich die betrieblichen bzw. überregionalen Gewerkschafts-
funktionäre ?

Das ist doch ein erheblicher Rückschritt, der da stattgefunden hat, nicht nur daß es für den einzelnen gravierende Nachteile hat, die Möglichkeit des Zusammenschlusses der Kollegen ist doch erheblich verschlechtert. Aber vielleicht ist das ja auch im Interesse von bestimmten Gewerkschaftsfunktionären.

Für 976000 DM hat der damalige IG-Metallvorsitzende Steinkühler im Frühjahr 1993 Aktien privat gekauft (Berliner Zeitung 18.5.93), " da muß eine alte Oma lange für stricken", wie man so schön sagt. Woher soll bei so einem Menschen das Interesse für die Belange von Arbeitern oder kleinen Angestellten kommen.

Übrigens zur Frage der Demokratie hat die IG-Metall auch einiges beizutragen, so wird bei Urabstimmungen über Streik eine Mehrheit von 75% gebraucht, um den Streik wieder zu beenden, reichen dann 25%, wenn das nicht demokratisch ist.

Im Mai 1992 lehnten Kollegen der ÖTV mehrheitlich einen Verhandlungskompromiß über 5,6% Lohnerhöhung ab. Nur 44% stimmten in einer Urabstimmung dafür, 50% wären laut ÖTV-Satzung nötig gewesen. Ausgehebelt wird diese Regelung abder dadurch, daß sich der Gewerkschaftsvorstand nicht daran halten muß. Und so war es auch, der Kompromiß wurde unter der damaligen Vorsitzenden Wulf-Mathies angenommen.

Übrigens mal nebenbei gefragt, Kollegen, hat von Euch schon mal jemand daran mitgewirkt eine Tarifforderung festzulegen. Trotz heftigsten herumfragen ist es uns bisher nicht gelungen einen Kollegen zu finden, der Einfluß auf das Entstehen von Tarifforderungen nehmen konnte.

Wer Kinder hat, die jetzt ins Berufsleben kommen, wird sich mit dem Wahnsinn auskennen, den es bedeutet eine Lehrstelle zu finden. Sie erklären unsere Kinder praktisch für überflüssig, soll das der Willen der Mehrheit der Bevölkerung sein.

Ein anderer Bereich, wo sich die Frage nach Demokratie stellt, ist das Wohnen. Soll es wirklich im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Menschen sein, daß sich das Wohnen dermaßen verteuert, daß man sich andere Sachen gar nicht mehr leisten kann, nur damit sich eine handvoll Spekulanten mästet.

Soll es wirklich im Sinne der überwiegenden Mehrheit sein, daß sich Hausbesitzer, Hausgesellschaften und deren Lakaien eine Willkür erlauben, die teilweise schon an die 20ziger Jahre erinnert.

Verschiedene bürgerliche Politiker aus PDS, Bündnis 90/Grüne, sowie SPD sprechen sich ja nun mehr oder weniger offen für Hausbesetzungen in Berlin aus.

Soll das die Lösung sein? Ganz abgesehen davon, daß hier schon einmal eine Hausbesetzerbewegung von solchen Leuten wie eine heiße Kartoffel fallengelassen wurde (Anfang der 80ziger Jahre). Nämlich in dem Moment, wo sie ernst machte und ihre Vorstellungen versuchte auch gegen die Staatsgewalt durchzusetzen. Aber es kann doch gar nicht darum gehen, hier einzelne Häuser zu besetzen, für kleine Gruppen Freiräume zu schaffen, da spielt dieser Staat evtl. sogar ein Stückweit mit

Aber was ist mit den anderen Dutzenden von Millionen Menschen, die einen wesentlichen Beitrag zum Reichtum dieses Landes und zu den Häusern geleistet haben (einen anderen wesentlichen Beitrag haben die Menschen in der 3. Welt dazu geleistet, indem sie dahingehend ausgepreßt werden.) Wenig Beitrag, wenn überhaupt haben die Spekulanten geleistet.

Wo sind hier die Kräfte, die sich sonst sonderlich als Interessenvertretung der unteren Schichten anpreisen, von wem wird diese Frage "an die Wurzel gehend" behandelt.

Ein weiterer gravierender Mangel, der uns in der letzten Zeit aufgefallen ist, besteht in diesem sogenannten Gesundheitswesen. War mit dem schon früher nicht allzuviel los (aus der Sicht von West-Berlin), so stellt sich inzwischen die Frage, wann wir die unsäglichen US-amerikanischen Verhältnisse des Gesundheitswesens erreicht haben, will sagen, daß sich nur Leute mit viel Geld qualitative Krankenbehandlung leisten können. Die größte Verhöhnung war allerdings die Pflegeversicherung, wir geben etwas von unserem Lohn und die Arbeitgeber geben einen Feiertag?

Wir haben mal versucht ein paar Punkte anzureißen, die uns besonders gravierend vorkamen, Ihr kennt bestimmt hunderte andere. Aber an diesen Punkten wird doch irgendwie deutlich, daß fast alle Organisationen, Gremien, Vereine, die hier als Opposition, Linke, Mieterinteressenvertretung oder sonstwie gehandelt werden, genau diesen Anspruch nicht gerecht werden.

Da wird man von einer Instanz zur anderen geschickt, Belegschaft von Betrieben oder Sparten werden nicht zusammengefaßt, sondern eher noch auseinander dividiert (warum streikt eigentlich die IG-Metall nicht mal flächendeckend, mal sehen wie lange die Herrschenden das durchhalten und was man da durchsetzen kann.).

Empfohlen wird absolut würdelos irgendwelche Bittgesuche zu stellen.

Unterm Strich kommt aber bei alldem nichts positives heraus.

Daß nicht nur wir diese Erfahrungen machen, wissen wir teilweise aus Gesprächen, ein anderer deutlicher Hinweis sind die vielen Gewerkschaftsausstritte und die niedrige Wahlbeteiligung bei politischen Wahlen. So beträgt die Beteiligung selbst nach offiziellen Zahlen oft nur zwei Drittel der Wahlberechtigten. Nur das kann es doch nicht gewesen sein, Kollegen.

Wenn die hier Herrschenden mit ihrer Gesellschaftsordnung am Ende sind, und dafür gibt es trotz aller Großmüdigkeit einige deutliche Hinweise, dann ist es doch an uns, die wir keine Angst vor fortschrittlicher Entwicklung in gesellschaftlicher, technologischer und wissenschaftlicher Hinsicht haben, da etwas auf den Weg zu bringen. Dies würde unser Vorgehen auch von dem der angeblich sozialistischen DDR unterscheiden. Wissenschaft und Technik vorantreiben, breiteste Demokratie für die Bevölkerung. Daß in der DDR nach 40 Jahren Existenz eine derartige Bespitzelung und Unterdrückung der Bevölkerung herrschte, ist ein deutliches Zeichen, daß dort schon lange kein Sozialismus bestand.

Es muß doch über wichtige Fragen heftig diskutiert werden können, damit sich die objektive Wahrheit herauschälen kann. Faschisten müssen natürlich unterdrückt werden, doch gerade das hat man ja eben nicht getan.

Kollegen, Nachbarn, andere Menschen die diese Verhältnisse nicht ertragen, uns scheint, daß real kaum Strukturen vorhanden sind, auf die man sich bei einem Vorgehen gegen diese Verhältnisse stützen kann. Es scheint so zu sein, daß man sich diese zum Teil neu schaffen muß, andere vielleicht verändern muß, nur das ist wohl auch dringend notwendig.

Laßt uns alle, die wir die Dinge so sehen, die Verhältnisse vorantreiben, unsere geschichtliche Phase hat gerade erst begonnen, Weltuntergangsphantasien überlassen wir anderen.

Einige Kollegen aus Berlin

1. Mai 1995

ANMERKUNG ZUM FLUGBLATT VON AUGUST 1995

Diese Seite des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien zu beleuchten, war uns wichtig. Weil mit der Unkenntnis über diese Zusammenhänge üble Politik getrieben wurde und wird.

Seit dem Dayton - Abkommen verbreiten wir diese Stellungnahme nicht mehr. Wir wollen nicht als Kriegstreiber erscheinen, dessen unangeachtet sind wir überzeugt davon, daß dieses Abkommen ein weiterer Versuch ist, die berechtigten Interessen der friedliebenden und fortschrittlichen Menschen aller Nationalitäten und Religionen in diesem Raum mit Füßen zu treten. Wir fürchten, es wird nicht lange dauern bis unsere Vermutung blutig bestätigt wird.

EINIGE GEDANKEN ZU BOSNIEN

Wir, die Verfasser dieser Schrift verfolgen seit geraumer Zeit mit großer Erschütterung die Geschehnisse im ehemaligen Jugoslawien. Mit großer Erschütterung einmal wegen der unglaublichen Grausamkeiten und barbarischen Menschenschlächtereien, die dort stattfinden. Erschüttert und voller Wut aber auch wegen der Taktik einiger Kräfte in unserem Land, die alles daran setzen den wahren Charakter dieses Kampfes zu verschleiern und damit auch wesentlich dazu beitragen, eine breitere öffentliche Empörung zu behindern.

Was sticht denn heraus, wenn man sich die Berichterstattung der Medien bzw. die Stellungnahmen angeblich fortschrittlicher oder sogar linker Politiker ansieht. Alle dort im ehemaligen Jugoslawien sind nach ihrer Meinung irgendwie schuldig, es ist schlimm, was Serben machen aber die Kroaten sind auch nicht besser und mit Muslimen haben sie nur so lange Mitgefühl, wie sie sich irgendwo ohne Gegenwehr zusammenschließen oder deportieren lassen. Da muß man sich fragen, sind diese Leute blind oder verfolgen sie bestimmte politische Ziele.

Es gibt doch nur eine Gruppe in dieser Auseinandersetzung, die das Abschlachten von Menschen, das Betreiben von Vernichtungslagern, ethnische Säuberungen zum System erhoben hat. Es gibt doch nur eine Gruppe, die gezielt in Krankenhäuser schießt, die nach Wasser anstehende Menschen tötet oder verstümmelt, und das sind die TSCHETNIK-FASCHISTEN.

Wir wollen sie hier so nennen, weil die gemarterten Menschen sie immer wieder so nennen. Sie mögen sich vielleicht nicht alle zur Tschetnik-Ideologie bekennen, aber absolut menschenverachtendes, jeglicher menschlicher Zivilisation hohnsprechendes Verhalten ist ihnen allen eigen.

Sie mögen von ihrer Nationalität her überwiegend Serben sein, doch das ist nicht das entscheidende (obwohl man sich schon wünschen würde, daß in Serbien selbst sich mehr Widerstand gegen diesen Faschismus, der im Namen "der Serben" stattfindet, regt). Dies ist kein Kampf Serbe gegen Kroat oder Muslim gegen Katholik oder orthodoxer Christ, auch jeder fortschrittliche Serbe wird gegen die Tschetnik-Faschisten kämpfen. Da wird auch das Üble dieser Berichterstattung hier deutlich, regierungstreue Bosnier sind Muslime, wenn es denn hochkommt, erfährt man noch, daß es in Bosnien auch Kroaten gibt. Was soll das, will man an die Propaganda der Tschetnik-Faschisten anknüpfen, die ja ein Horrorbild von der "Bedrohung des christlichen Abendlandes" durch die Muslime malen, dem sie sich heldenhaft entgegenstemmen. Mal abgesehen davon, daß Nationalität mit Religion nichts zu tun hat, kann man mit Fug und Recht sagen, die legitime Regierung von Bosnien-Herzegowina kann sich auf Menschen aller Religionen und Nationalitäten stützen. Dies wird in der Regel nicht berichtet, deshalb einige Auszüge aus der Tagespresse, in denen es mal ausnahmsweise deutlich dargelegt wurde.

Bernard-Henri Levy (Philosoph und Schriftsteller), der bosnische Regierungssoldaten in ihren Schützengräben befragt, berichtet in der TAZ am 30.12.1993:

Sie haben uns zweierlei zu sagen. Erstens: "Hier in den Kasematten gibt es Muslime, aber auch Serben und Kroaten; es ist eine unverfrorene Lüge uns als islamische Fundamentalisten zu bezeichnen." Zweitens: "Wir stehen Faschisten gegenüber, und wir kämpfen gegen den Faschismus, wenn ihr zurückkehrt, sagt laut und deutlich, daß wir Europäer sind."

Die TAZ berichtet am 21.3.1994 über die Äußerung eines Vertreters der Serben in den nichtbesetzten Gebieten Bosniens:

Bisher hatten sich die rund 280.000 Serben, die nach wie vor in Sarajevo, in den Regionen Tuzla, Zenica, Mostar oder den "muslimischen" Enklaven leben und nicht auf die serbisch besetzte Seite übergelaufen waren, in ihren politischen Stellungnahmen zurückgehalten. Am Freitag kündigte nun der Vorsitzende des "Serbischen Konsultationsrates" von Tuzla, Muso Botic in einem TAZ-Interview an, daß die Serben der neuen bosnischen Förderation demnächst ein Parlament in Sarajevo einberufen werden. Dort wollten sie die Politik von "Serbenführer" Radovan Karadzic einer scharfen Kritik unterziehen. "Diese Politik der Gewalt und der ethnischen Säuberungen" sei eine "faschistische Politik", erklärte Botic, die durch die Serben Tuzlas verurteilt würde. Die "nazi-ähnliche Ideologie des Montenegriner Karadzic und seiner Parteigänger ist nicht die Position der bosnischen Serben, die an einem friedlichen Zusammenleben der Nationen in Bosnien interessiert sind." Derart menschenverachtende Ideologien seien insbesondere von nichtbosnischen Serben importiert worden. So hätten die serbischen Soldaten der Jugoslawischen Volksarmee für den Ausbruch des Krieges in Bosnien eine große Verantwortung.

TAZ berichtet am 30.3.1994 über ein Treffen bosnischer Serben in den nichtbesetzten Gebieten Bosniens: in Sarajevo gründeten am Sonntag 482 Serben, die nach ihren Angaben rund 200.000 Mitglieder ihrer Volksgruppe aus der bosnischen Hauptstadt, aus Tuzla und anderen "freien Gebieten Bosniens" repräsentieren, einen "Serbischen Bürgerrat". In einer Abschlusserklärung lehnte die Versammlung ausdrücklich die auf Teilung Bosniens angelegte Politik Karadzics ab und forderte die "Erhaltung der bosnischen Einheit", eine Beteiligung der Serben an der kroatisch-muslimischen Förderation, "Pluralismus" und die "Wahrung der Menschenrechte".

Über den Serben Jovan Divjak berichtet die TAZ am 02.07.1994:

Der Vizekommandeur der bosnischen Armee ist ein Serbe.

Der Vizekommandeur berichtet im gleichen Artikel über die Verteidigung Sarajevos: "Karadzic und seine Leute wollen die Stadt vernichten, weil sie ihre Bewohner nicht ertragen können." Die "Faschisten hätten nicht geglaubt, daß wir so lange widerstehen", und "auch Europa, die USA und Rußland können es kaum glauben, daß wir in der Lage sind, uns zu verteidigen", „Denn bisher habe die bosnische Armee alle Teilungspläne zunichte gemacht. Und das soll so bleiben." Wir werden dies trotz des Waffenembargos auch weiterhin tun."

Dies sind einige Beispiele für den wirklichen Charakter dieser Auseinandersetzung, und es wäre wahrscheinlich schon längst eine weitaus schlechtere Situation für Karadzic und seine Tschetnik-Faschisten, wenn er sich nicht auf die Kumpanei mit seinen internationalen Hintermännern verlassen könnte. Man muß sich das mal vorstellen, da werden Menschen überfallen und viehisch abgeschlachtet, die UNO aber verhängt über die Gemarterten ein Waffenembargo. Und nicht nur das, sie nimmt ihnen das wenige, das sie zur Verfügung haben auch noch weg, versucht es zumindest. Der Erfolg: monatelanges Hineinschiessen in wehrlose Menschen, z.B. Srebreniza, Zepa; mit solcher Unterstützung hat Karadzic gut lachen. Wehe aber diese Faschistenbande kann mal nicht die Begünstigung der UNO oder ihre gute Bewaffnung voll ausspielen, dann wird deutlich, wie wenig Unterstützung sie scheinbar unter den Serben in ihren Gebieten haben. Der totale Zusammenbruch der sogenannten Krajina innerhalb kürzester Zeit, ist doch ein deutliches Zeichen, wie wenig die dort lebenden Serben dahinterstanden. Die fortschrittlichen Menschen haben sich auf ihre eigene Kraft besonnen und sie erringen Erfolge. Trotzdem lauern noch erhebliche Risiken in dieser Auseinandersetzung, da einige imperialistische Mächte dort offensichtlich andere Interessen als die der dort lebenden Menschen verfolgen. Deshalb haben wir den Eindruck, daß es wichtig ist, daß sich endlich mehr in den anderen Völkern bewegt, es muß Partei ergriffen werden gegen die Faschisten.

Mit Erstaunen haben wir vor kurzem von einer Demonstration in Barcelona von etwa 20.000 Menschen erfahren. Wir waren erstaunt wieso gerade in Spanien, wo doch woanders nicht viel geschieht, wir kamen zu dem Schluß, daß sich die Ereignisse in Bosnien mit denen von Spanien 1936 ähneln, und die Menschen dort deshalb so sensibel reagieren. Die fortschrittlich gesonnenen Menschen Spaniens und ihre legitime Regierung wurden von inländischen und ausländischen Faschisten (Deutschland/Italien) bedroht und angegriffen. Internationale Organisationen und viele Staaten setzten Verteidiger und faschistische Aggression gleich. Die Faschisten siegten in Spanien, sie begannen den 2. Weltkrieg.

**LASST UNS DEN TSCHETNIK-FASCHISTEN UND INTERNATIONALEN KRIEGSTREIBERN DAS
HANDWERK LEGEN, BEVOR SIE DEN GROSSEN FLÄCHENBRAND ENTFACHEN KÖNNEN.**

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

V.i.s.d.P.:K.Lehmann c/o M96 Manteuffelstr. 96 10997 Berlin

8.8.1995

P.S.: Wie uns bekannt wurde, rufen mehrere Organisationen am 1. September 1995 um 18.00 Uhr am **Brandenburger Tor** zu einer Demonstration unter der Überschrift "Stoppt den Krieg in Bosnien-Herzegowina" auf.